

Veranstaltungsbericht

„Schafft Wissenschaft die große Transformation?“

Montag, 10. Dezember 2012
Landesvertretung Baden-Württemberg
beim Bund

Die Veranstaltung fand statt im Rahmen der Reihe „Transformatives Wissen schaffen“.

Veranstalter waren das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg in Kooperation mit dem Wissenschaftsministerium Nordrhein-Westfalen, der Runde für Nachhaltige Wissenschaft (NaWis) und dem Ecological Research Network (Ecornet)

„Wissenschaft für Nachhaltigkeit in Baden-Württemberg“

Die besondere Rolle der Wissenschaft, so die baden-württembergische Wissenschaftsministerin Theresia Bauer, liege zum einen darin, Wege für eine Transformation zu erarbeiten, und zum anderen müsse sich die Wissenschaft auch selbst verändern. Schlussendlich gehe es um eine gute Balance: Die Freiheitsrechte der Wissenschaft seien wichtig, würden sie doch nicht zuletzt für Ergebnisoffenheit und Vielfalt sorgen, doch trage die Wissenschaft auch eine Verantwortung in der und für die Gesellschaft. Zur Rolle der Wirtschaftswissenschaften erklärte Bauer, es bedürfe dringend sozialer Innovationen, die in die Gesellschaft hineinwirken. So müsse neu gefragt werden, was Wohlstand und Gerechtigkeit heute und in Zukunft heißt, in einem Bewusstsein um die Endlichkeit der Ressourcen und die enormen Herausforderungen globaler Veränderungen. Schulze stimmte bei, die Wissenschaft müsse sich auf die berechtigten Erwartungen der Gesellschaft einstellen und das Wohlergehen der Menschen in den Mittelpunkt stellen. Es brauche Systeminnovation entlang der gesamten Wertschöpfungskette nach sozialen und ökologischen Maßgaben. Dafür sei Kooperation über nationale Grenzen und akademische Disziplinen hinweg zentral. Es sei Aufgabe der Politik, hierfür verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Konzept der Nachhaltigkeit hängt mit verschiedenen Dimensionen zusammen

Dem Konzept der Nachhaltigkeit wies Bauer klar eine ökologische Kerndimension zu, die aber mit einer wirtschaftlichen, sozialen, globalen und zeitlichen Dimension verbunden sei. In Baden-Württemberg habe sich die gesamte Regierung das Ziel der Nachhaltigkeit gesetzt, so Bauer. Sie verwies auf den vom Ministerpräsidenten einberufenen Nachhaltigkeitsbeirat, der ressortübergreifend Lösungsansätze erarbeiten soll. Das Wissenschaftsministerium habe seit April 2012 eine Arbeitsgruppe zu Nachhaltigkeit eingesetzt, die im kommenden Jahr Ergebnisse vorlegen werde.

Eigeninitiative der Wissenschaft ist gefragt

Eine Verordnung von oben hält Bauer für den falschen Weg. Vielmehr setze man darauf, dass die Wissenschaft sich selbst den dringenden Fragen unserer Zeit zuwendet, und dies umso mehr tut, wenn die Politik den Rahmen dafür stärkt. In Baden-Württemberg arbeite man thematisch konkret an den Themen Mobilität, vor allem Elektro-Mobilität, Energiewende, Leichtbau, Bioökonomie und Ressourcenschutz. Nachhaltigkeit sei aber auch eine Herausforderung für das Hochschulsystem. Im Rahmen einer Ausschreibung zu der Thematik seien zahlreiche Anträge mit Ideen eingegangen, die derzeit ausgewertet würden. Die hochschulpolitischen und universitären Strukturen müssten von einer guten Balance aus sichernder Grundfinanzierung und wichtigen Impulsen durch Projektförderung und Drittmittel geprägt sein, an der man gemeinsam mit Bund und Ländern arbeiten wolle.

Förderung der Perspektivenvielfalt durch Einbindung verschiedener Einrichtungen

Mit Blick auf 2013 skizzierte Bauer einen umfänglichen Mehrebenenansatz, bei dem Initiativen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen heraus gefördert, Impulse vom Land ausgehen, und auch Studierende aktiv in die Transformation einbezogen werden sollen. Es brauche im Sinne der Perspektivenvielfalt mehrere Orte des Austauschs, nicht nur unter universitären Akteuren sondern auch mit Kommunen, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Akteuren.

„Forschungsstrategie Fortschritt NRW“

Nachhaltigkeit ist Voraussetzung für sämtliche Förderungen

In Nordrhein-Westfalen, erklärte Wissenschaftsministerin Svenja Schulze, sei man mit der Forschungsstrategie „Fortschritt NRW“ einen großen Schritt gegangen. Ziel dabei sei, dass Nachhaltigkeit alle Bereiche der Wissenschaft durchdringen solle. Sämtliche Mittel jenseits der Grundfinanzierung würden in „Fortschritt NRW“ fließen, sodass Nachhaltigkeit nunmehr Voraussetzung für sämtliche Förderungen durch das Wissenschaftsministerium sei. Dies sei nicht ganz einfach durchzusetzen, doch sei man optimistisch, dass auf Dauer die Richtigkeit dieses Schritts erkannt werde. Es sei nur logisch, dass das Land in seine Zukunft investiere. Schulze betonte die wirtschaftlichen Vorteile von Nachhaltigkeit. Gerade das Ruhrgebiet wolle und könne ein Vorreiter in der Welt sein für eine nachhaltige Umgestaltung von Wirtschaft und Lebensraum. Zu beachten sei dabei stets das Umsetzungs- und Verbreitungsproblem. Nordrhein-Westfalen habe hier verschiedene Instrumente aufgelegt. So würden regionale Innovationsnetzwerke beispielsweise zur Gebäudeenergieeffizienz und zum gesunden Altern für konkret räumlich verankerte Strukturen sorgen. Auf Vorbildwirkung und Öffentlichkeitsarbeit setze man mit den Auszeichnungen „Orte des Fortschritts“, und „Foren des Fortschritts“ würden für Austausch und gemeinsames Verständnis verschiedenster Akteure sorgen. Das Land werde einen Strategierat einrichten, um einen Überblick zu gewährleisten, doch gehe es um ein Umdenken im gesamten System.

Wissenschaft für die Gesellschaft ohne Einschränkung der Wirtschaftlichkeit

Die Wissenschaft, so Ministerin Schulze, müsse sich auf die berechtigten Erwartungen der Gesellschaft einstellen und das Wohlergehen der Menschen in den Mittelpunkt stellen. Es brauche System-

innovation entlang der gesamten Wertschöpfungskette nach sozialen und ökologischen Maßgaben. Dafür sei Kooperation über nationale Grenzen und akademische Disziplinen hinweg zentral. Es sei Aufgabe der Politik, hierfür verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Sie plädierte, wie schon Ministerin Bauer, für einen umfassenden Begriff von Nachhaltigkeit, der ökologische, soziale und ökonomische Dimensionen umfasse und keinesfalls in einem Widerspruch zu Wirtschaftlichkeit stehe.

NRW und Baden-Württemberg als Vorreiter

(Die konkrete Umsetzung, so die beiden Wissenschaftsministerinnen, sei in beiden Ländern bereits in einer Vielzahl von Initiativen angelaufen. Die Politik müsse nun für die systematische Vernetzung, Bündelung und gezielte Förderung sorgen. = WIEDERHOLUNG AUS ERSTEM ABSCHNITT!) Schulze und Bauer stellten sich uneingeschränkt hinter den Wandel in der Wissenschaft.

Wissenschaft zwischen Forschungsfreiheit und großer Transformation

Prof. em. Dr. Peter Weingart beschrieb in seinem einführenden Vortrag zwei wesentliche Dimensionen zu der Frage, wie eine transformative Wissenschaftspolitik mit der Wissenschaftsfreiheit vereinbar ist: Die Perspektive der Wissenschaftspolitik und die des Verfassungsrechts. Anknüpfend daran fand eine Podiumsdiskussion unter der Moderation von Jan-Martin Wiarda¹ statt, an der neben Weingart auch Dr. Rainer Grießhammer², Prof. Dr. Dieter Lenzen³ und Dr. Steffi Ober⁴ teilnahmen. Darin wurden zunächst die rechtliche Konzipierung der Wissenschaftsfreiheit und die Implikationen für das Wissenschaftssystem erörtert, wobei das angelsächsische und das deutsche Modell verglichen wurden. Auch wurde der Nachhaltigkeitsbegriff genauer beleuchtet. Zum einen wurde Nachhaltigkeit sehr allgemein an der Vorgabe des Gemeinwohls orientiert gesehen. Auch die WBGU-Definition der ökologischen, sozialen und ökonomischen Gerechtigkeit wurde genannt, ebenso wie die Brundtland-Formel zur Nachhaltigkeit. Letztere bedeutet auf den Wissenschaftsbereich übertragen, dass keine Dinge erlaubt sein sollten, deren Folgen irreversibel sind. Lenzen sah hier vier wesentliche Dimensionen, die die Universität Hamburg konkret im Alltag umzusetzen versuche: Forschungsgegenstände, Forschungsmethodologie, Unterricht und Führung der Universität.

Forschungsfinanzierung ist eines der Kernprobleme

Die Forschungsfinanzierung wurde als eines der Kernprobleme identifiziert. Dies betraf sowohl Finanzierungsstrukturen als auch Finanzierungsbegründungen. Bei letzterem stünden sich interne Selbststeuerung von Themen und Vorgaben bei externen Mitteln gegenüber. Dass Nachhaltigkeit inzwischen mehr in die Mitte der Wissenschaft gerückt sei, wurde weithin begrüßt. Die langjährige impulsgebende Rolle einer Vielzahl kleinerer Institute und Akteure wurde ebenso herausgestellt wie neue Initiativen großer Wissenschaftsorganisationen.

¹ Mitarbeiter der ZEIT.

² Mitglied der Geschäftsführung des Öko-Instituts.

³ Präsident der Universität Hamburg.

⁴ Referentin für Biodiversität und Gentechnik beim NABU Bundesverband.

Forderungen an die Transformation

Es wurde für Pluralität und Austausch zwischen kleineren und großen Akteuren plädiert. Zudem müsse beachtet werden, dass neben naturwissenschaftlicher und technischer Forschung auch die sozial- und geisteswissenschaftlichen Institute für eine große Transformation zentral seien und nicht vernachlässigt werden dürfen. Der Prozess der Transformation habe und werde weiterhin Geduld und Engagement erfordern. Zugleich wurde angemahnt, man müsse mit Nachhaltigkeit auch in die Universitätssysteme selbst hineingehen, denn nur so werde sie auch in der Lehre auftauchen. Auch müsse dafür gesorgt werden, dass an der Schnittstelle von Wissenschaft und Wirtschaft der Gemeinwohlaspekt stärker beachtet werde.

Interdisziplinarität versus Expertentum

Ein weiterer wichtiger Diskussionspunkt war die Frage, welche Rolle Expertentum und Interdisziplinarität spielen. Interdisziplinären und transdisziplinären Zusammenarbeiten wurde eine wichtige Rolle für die Beantwortung problemorientierter Fragestellungen zugewiesen. Zugleich sei jedoch Fachexpertise notwendige Voraussetzung. Es wurde deutlich, dass Strukturen für Interdisziplinarität eine Schlüsselrolle spielen. So wurde die Frage diskutiert, ob bereits ausreichend Strukturen vorhanden seien, oder ob die Bildung zentraler Einrichtungen noch immer zu schwierig sei. Auch seien territoriale Interessen der Disziplinen oft hinderlich. Zudem müsse Interdisziplinarität auch hinsichtlich der Publikationsmöglichkeiten dringend verbessert werden.

Mehr Praxis

Aus dem Publikum kam abschließend die Anregung, dass der Wissenschaft oftmals die Praxis durch nachhaltige Referenzprojekte fehle. So könne man beispielsweise an Schulen praktische Umsetzungen erproben und bereits Schüler damit zu innovativ denkenden Menschen bilden.

Der Beitrag der Wissenschaft zur Lösung großer Zukunftsfragen: Das Beispiel Wirtschaftswissenschaften

In einer zweiten Podiumsdiskussion, moderiert von Jan-Martin Wiarda, diskutierten Prof. Dr. Ernst-Ludwig von Thadden⁵, Ullrich Petschow⁶, Dr. Angelika Zahrndt⁷, Dominic Egger⁸ und Prof. Dr. Lambert Koch⁹ über die Rolle der Wirtschaftswissenschaften beim bisherigen und künftigen Umgang mit großen Zukunftsfragen. Die Hauptargumentationslinien verliefen dabei entlang der kontrovers debatierten

⁵ Rektor der Universität Mannheim.

⁶ Leiter der Abteilung Umweltökonomie und Umweltpolitik, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW).

⁷ Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung.

⁸ Arbeitskreis Real World Economics und Student der Universität Heidelberg.

⁹ Rektor der Universität Wuppertal.

tierten Frage, inwieweit es Aufgabe einer wissenschaftlichen Disziplin ist, gestalterisch in Politik, Gesellschaft und Wirtschaftssystem hineinzuwirken.

Mangel an Reflexion in Wirtschaftswissenschaften

Von seinen Kritikern wurde dem Mainstream der Ökonomik einige Weltfremdheit attestiert, die sich darin äußere, dass er der Gesellschaft viel zu oft nicht die Fragen beantworte, die ihr unter den Nägeln brennen würden. In wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen würden Rechenmodelle dominieren und kritische Diskussionen verschiedener Ansätze und Sichtweisen wie beispielsweise der ökologischen Ökonomik deutlich zu kurz kommen. Die Forschungslandschaft in den Wirtschaftswissenschaften habe sich dahingehend verändert, dass man heute unter anderem erheblich weniger Wirtschaftsethik, Wirtschaftspsychologie, Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie als früher darin finde. Dies führe zu einem Mangel an Reflexion, weshalb die Ökonomik Hilfe von außen, unter anderem durch Kooperation mit anderen Fächern, brauche. Die deutlichste Kritik bezog sich darauf, dass die Ökonomik zu wenig getan habe, um an einer Umgestaltung der Wirtschaftsweise der Industrieländer nach Rio 1992 daraufhin mitzuwirken, dass ihre Produktions- und Konsummuster umwelt- und sozialverträglich und auf andere Teile der Welt übertragbar würden. Die Wirtschaftswissenschaften seien historisch an Problemen der Zeit gewachsen und dürften sich dieser Herausforderung heute weniger denn je versperren, sondern müssten Verantwortung übernehmen.

Lösung ist Aufgabe von Politik und Gesellschaft

Dem gegenüber stand die Sichtweise, dass die Ökonomik bereits viel Sinnvolles getan habe und tue, um die großen Fragen der Zeit zu beantworten. Sie stehe zwar oft vor dem Problem, dass ihre Inhalte stark formalisiert seien und für andere Disziplinen teils schwer verständlich seien, doch arbeite sie sehr detailliert an realen Problemen. Dabei sei ihre Aufgabe jedoch nicht, Probleme zu lösen oder Entscheidungen für die Gesellschaft zu treffen. Die Wirtschaftswissenschaft solle lediglich die Probleme beschreiben, deren Lösungen aber Aufgabe von Politik und Gesellschaft seien. Zwar nehme die Politik die gegenwärtigen Wähler zu wichtig und kümmere sich zu wenig um künftige Generationen, doch nehme die Masse der Menschen im Land dies für kurzfristige Vorteile gerne in Kauf. Das hätten nicht die Wirtschaftswissenschaften sondern die Gesellschaft so beschlossen.

Enger Zusammenhang zwischen Ökonomie, Ökologie und sozialen Fragen/ Umstellung auf Problemorientierung

Die Kritiker forderten dagegen eine Ökonomik, die in ihr Selbstverständnis auch den engen Zusammenhang zwischen Ökonomie und Ökologie sowie sozialen Fragen einschließt. Die Maxime des Wirtschaftswachstums müsse hinterfragt werden und eine Auseinandersetzung damit stattfinden, wie das System in einer veränderten Welt aussehen könne. Ökonomen komme hier die Funktion von Vordenkern zu. Man dürfe sich nicht auf einen vermeintlich naturwissenschaftlich-objektiven Standpunkt zurückziehen, sondern müsse bedenken, dass das Untersuchungsobjekt der Ökonomik die Komplexität menschlichen Handelns sei. Man brauche andere ökonomische Denkweisen, um die Ziele wirtschaftlichen Handelns umzudefinieren, beispielsweise bei der Entkopplung von Ressourcen-

verbrauch und Wirtschaftswachstum. Genannt wurden unter anderem das Konzept der Commons und die ökonomische Glücksforschung. Auch sei eine grundsätzliche Umstellung auf Problemorientierung sinnvoll.

Interdisziplinäre Themenfelder in den Wirtschaftswissenschaften

Hingewiesen wurde auf den Umbau der Wirtschaftswissenschaften vor der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Transformation und Transition seien da bereits eingeflossen, beispielsweise am Wuppertal Institut. Die Wirtschaftswissenschaften sollten einerseits aus der Universität heraus interdisziplinär Themenfelder setzen und interdisziplinäre Zentren gründen. Zugleich würden sie durch die gesellschaftliche Relevanz in bestimmte Richtungen gezogen. Es brauche erstens einen gesellschaftlichen Konsens zur Nachhaltigkeit, ehe zweitens der Weg dahin gestaltet werden könne. Unabhängig von der Rolle der Ökonomen brauche es hier, so war man sich einig, vor allem auch die Politik.

Lisa-Marie Zoller